



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Hochwasserkatastrophe in Bayern, im Norden und Osten Deutschlands schockiert uns alle. In Gedanken sind wir bei den Menschen, die nun um ihr Hab und Gut, um ihre Existenz kämpfen. Für uns ist völlig klar, dass wir so schnell, so umfangreich und zielgerichtet helfen müssen, wie es nur geht. Zur Wahrheit gehört, dass vielen Kommunen das nötige Geld fehlt, um sich umfangreich gegen Hochwasser zu präparieren. Die SPD steht klar an der Seite der Kommunen und will sie finanziell auf eine tragfähigere Grundlage stellen.

Der Verteidigungsminister steht massiv unter Druck, weil er zu wenig und zu spät informiert war über das millionenschwere Drohnen-Desaster in seinem Haus. Dass er sein Versagen auf seine Mitarbeiter schiebt, war bei kaum vorstellbar; aber so kam es. Dabei ist ein Minister immer politisch verantwortlich. Dafür ist er da. Das Ministerium würde auch ohne ihn arbeiten. Die Aufgabe des Ministers ist die Verantwortung. Wir werden diesem Fall weiterhin gründlich nachgehen und aufklären, wie es sein kann, dass eine halbe Milliarde Euro einfach so versenkt wurde.

Am vergangenen Donnerstag entschied das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Urteil, dass das Ehegattensplitting auch für homosexuelle Lebenspartnerschaften gelten muss. Wir von der SPD-Fraktion hatten das schon lange gefordert. Ein weiteres Mal wird die ignorante Regierung in ihrer Haltung korrigiert. Es ist unfassbar, dass immer wieder ein Gericht dieser Koalition klarmachen muss, wie man mit Menschen, mit Minderheiten umgeht, nämlich dass alle gleich viel wert sind.

Am vorvergangenen Wochenende hatte die Bundeskanzlerin Merkel in einem Interview nebenbei viele bis dahin geltende Beschlüsse ihrer Partei über Bord geworfen, um den Menschen kurz vor der Wahl absurde Wahlversprechen zu machen. Mal abgesehen davon, dass vieles von unserer SPD abgeschaut wurde – der Beweis, dass wir die besseren Konzepte haben – ist vieles in der Form, wie Merkel es will, nicht finanzierbar. Doch dazu von ihr kein Wort. Dabei hat ihre abgewirtschaftete Regierung 100 Milliarden Euro neue

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

Schulden angehäuft. Stattdessen betonte sie in einem weiteren Interview, wir säßen alle im selben Boot. Dem mag vielleicht so sein, nur dass in diesem Boot das Volk rudern muss und die Regierung angelt.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [De Maizières Drohnen-Debakel: „Dieser Minister ist entzaubert!“](#)
- 04 [Aktuelle Stunde: „Merkel organisiert den Stillstand“](#)
- 05 [Finanzen: Steuerbetrug ist ein hoch giftiges System](#)
- 06 [Bau- und Stadtentwicklung: Hochwasser – Hilfsfonds wie 2002 notwendig](#)
- 08 [Kommunalkongress: SPD an der Seite der Kommunen](#)
- 10 [Mieten & Wohnen: Soziale Wohnungspolitik bleibt Kernthema](#)
- 11 [Gesundheit: Wenn Arzneimittel knapp werden](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

TOP-THEMA

De Maizières Drohnen-Debakel: „Dieser Minister ist entzaubert!“

Die Drohnen-Affäre ist für Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizières (CDU) nach Ansicht unserer SPD längst nicht ausgestanden – im Gegenteil. Unser verteidigungspolitische Sprecher Rainer Arnold sagte am Mittwoch nach dem Auftritt des Ministers im Verteidigungsausschuss des Bundestages: "Es ist inzwischen eindeutig: Wir stehen ganz am Anfang der Klärung vieler wichtiger Fragen." Mit Blick auf Äußerungen de Maizières, er behalte sich personelle Konsequenzen vor, fragte Arnold: "Was meint er mit Konsequenzen - seinen eigenen Rücktritt?" In einer von der Koalition beantragten Aktuellen Stunde im Parlament konstatierte Arnold, dass de Maizières offenbar jahrelang nicht wusste, was in seinem Haus eigentlich passiert. Das nun auf Mitarbeiter zu schieben - wie de Maizières es angedeutet hatte - sei "schäbig". Arnold entlarvte die Strategie des Ministers, so zu tun, als habe er mit nichts zu tun. Der Verteidigungsexperte fragte auch, worüber in der Leitungsebene eigentlich geredet werde, wo doch alle Großprojekte auf den Prüfstand sollten? Für ihn ist eindeutig, dass de Maizières ab der Staatssekretärebene "politisch verantwortlich" sei. Er forderte unter Applaus den Minister zum Rücktritt auf.

Hans-Peter Bartels konstatierte, dass zwar noch eine lange Liste an Fragen offen sei, eines aber sei eindeutig: "Dieser Minister ist entzaubert". Das Akkurate, das Korrekte, mit dem Thomas de Maizières gern kokettiere, gebe es in Wirklichkeit gar nicht. Im Gegenteil: "Er überblickt den Gesamtzusammenhang in seinem Haus nicht." Bartels fragte den Minister, wie er bei der Nato noch unlängst Werbung für das Drohnenprojekt machen konnte, wenn sein Ministerium doch von den Fehlern wusste? Bartels: "Sie tragen die Verantwortung. Sie werden ihr nicht gerecht. Ziehen Sie die Konsequenzen."

Unser SPD-Fraktionsvize Gernot Eler stellte am Mittwoch klar: "Dieser Verteidigungsminister hat bei seinen Amtspflichten dramatisch versagt. Dem Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt in unserem Land ist die Führung seines Ministeriums offenbar über Monate völlig entglitten. Für ein Projekt dieser Größenordnung trägt der

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

Minister die politische Verantwortung – niemand sonst. Er ist deshalb im Amt nicht mehr zu halten."

Laut aktuellsten Berichten hat Thomas de Maizière womöglich entgegen eigener Einlassungen doch schon früher über die Drohnen-Problematik Bescheid gewusst. Hintergrund ist ein Bericht des „Donaukuriers“, nach dem der Minister ein Scheitern des Euro Hawk früher erahnt haben soll, als bisher angenommen. Es bleibt spannend, heute geht die Befragung des Ministers im Verteidigungsausschuss weiter.

AKTUELLE STUNDE

Steinmeier: „Merkel organisiert den Stillstand“

Am vergangenen Donnerstag haben die Redner unserer SPD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde die sozialpolitischen Wahlversprechen der Kanzlerin debattiert: „Die Kanzlerin hat die Maske fallen lassen, und wir alle waren Zeugen“, eröffnete unser SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. Die Kanzlerin und ihre Anhänger machten sich zu Wiederholungstätern. Die Versprechen vom Wochenende sei eine Wiederholung des Wahlbetruges von 2009: Damals habe Merkel zusammen mit Guido Westerwelle (FDP) Steuersenkungen von 24 Milliarden Euro versprochen. Die seien niemals gekommen. Nun versichere die Kanzlerin dem Wahlvolk nach SPD-Berechnungen 46,6 Milliarden Euro – ohne einen Cent Gegenfinanzierung – und bereite den erneuten Betrug vor. „Es ist dreist, wie Sie die Wähler hinter die Fichte führt“, bekräftigte Steinmeier und bilanzierte die finanzielle Lage des schwarz-gelben Haushalt: „Wir haben heute 100 Millionen Euro Neuverschuldung, und das bei Rekordeinnahmen. Wenn Sie sich nun vor die Wähler stellen und behaupten, Sie hätten ordentlich gewirtschaftet, dann ist das nichts als Heuchelei.“ Die Regierung habe die Euro-Krise benutzt, um sich zu verstecken, und statt einige der neuen Ideen umzusetzen, 45 sinnlose Gipfel veranstaltet und nichts entschieden. Steinmeier: „Das ist Organisation von Stillstand. Das ist Hoffen auf bessere Zeiten. Sie gestalten nicht die Zukunft, weil Sie Angst haben“.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

„Ich hatte gedacht, Sie nutzen hier die Gelegenheit Ihre Pläne zu erklären. Stattdessen kann ich nur zu dem Schluss kommen, die Union glaubt selber nicht daran, noch einmal Verantwortung zu übernehmen“, zeigte sich Carsten Schneider, Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Haushalt, enttäuscht von der Regierung. Angestoßen von den Plänen in Milliardenhöhe, widmete sich der Finanzexperte den Haushaltszahlen der aktuellen Regierung. „Jedes Jahr war die Ziffer rot, nicht mal 2014 erreichen Sie trotz Rekorderinnahmen eine 0 vor dem Komma.“ FDP und Union hätten es nicht mal geschafft, Schulden zu tilgen trotz exzellenter wirtschaftspolitischer Lage. Im Gegenteil: „Sie sind angetreten, als das Wirtschaftswachstum bei vier Prozent lag, in diesem Jahr liegt es bei 0,4 Prozent. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik“, so Schneider. Die Koalition gehe mit dem Geld der Steuerzahler nicht solide um. „Sie haben den Staat ausgehöhlt statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.“

FINANZEN

Steuerbetrug ist ein hoch giftiges System

Wir von der SPD-Fraktion fordern mit dem Antrag „Globale Steuergestaltung verhindern – Regulierungsschlupflöcher stopfen“ (Drucksache 17/13716) die deutsche Bundesregierung auf, sich aktiv in die Arbeiten der OECD und der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von aggressiver Steuerplanung und Steueroasen einzubringen. Sie sollte auf europäischer und internationaler Ebene für eine leistungsgerechte Besteuerung im Inland eintreten und die aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne nicht länger als nationales "Geschäftsmodell" akzeptieren. Denn Unternehmensgewinne müssen in den Steueroasen nur sehr gering oder überhaupt nicht versteuert werden. Die steuerlichen Begünstigungen werden dabei insbesondere Unternehmen gewährt, die in dem Land wirtschaftlich überhaupt nicht tätig sind. Ziel der SPD-Initiative ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu verbessern. Mit internationalen Abmachungen und Sanktionen sollen Transparenz und Kooperation bei grenzüberschreitenden Steuerangelegenheiten durchgesetzt werden. Unkooperative Staaten und Steueroasen sollen auf schwarzen Listen geführt werden. Schließlich muss ein Gesetz zur Bekämpfung von Steuerkriminalität vorgelegt werden, in

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

dem strafbefreiende Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung nach einer Übergangsfrist beschränkt werden sollten. Zudem sollte darin klargestellt werden, dass Finanzbehörden berechtigt sind, zur Aufklärung von Steuerstraftaten Daten über mutmaßliche Steuerhinterzieher zu erwerben.

Internationale Unternehmen in die Pflicht nehmen

Gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich die SPD an diesem Freitag für eine weitere Neuregelung ein. Mit dem Antrag "Steuerzahlungen multinationaler Unternehmen transparent machen" (Drucksache 17/13717) fordern die Fraktionen von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der die länderbezogene Berichterstattung für deutsche Unternehmen verbindlich macht. Unternehmen werden damit verpflichtet, ihre Steuerzahlungen, Gewinne, Umsätze, Beschäftigten und Kapitalbestände nach Ländern aufzuschlüsseln und offenzulegen.

Außerdem soll sich die deutsche Regierung mit dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission dafür stark machen, dass auch auf EU-Ebene zeitnah dieses Country-by-Country-Reporting für alle Branchen eingeführt wird. Das muss besonders für große Kapitalgesellschaften und internationale Unternehmen gelten. Denn so könnte man der Besteuerungslücke entgegen wirken, deren Umfang vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf rund 92 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wird. Die Möglichkeit, dass Unternehmen ihre Gewinne ins Ausland verlagern können, wird unter anderem als Grund für diesen immensen Verlust an Steuergeldern genannt.

BAU & STADTENTWICKLUNG

Hochwasser – Hilfsfonds wie 2002 notwendig

Am 6. Juni 2013 hat der Bundestag über die Lage der deutschen Städte und Gemeinden debattiert. Die Diskussion war geprägt durch die Hochwasserkatastrophe, die viele Kommunen vor große Probleme stellt. Außerdem ging es um die schlechte finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden. Versuche von Union und FDP, die Situation

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

schönzureden oder ihre Fehlentscheidungen anderen in die Schuhe zu schieben, ließ ihnen unsere SPD-Fraktion nicht durchgehen. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, verwies auf die schwere Belastung für viele Kommunen durch die aktuelle Flutkatastrophe. „Wir dürfen die Menschen, die Unternehmen und Kommunen nicht allein lassen“, sagte Oppermann. Ihn beeindruckten die Solidarität und die Hilfsbereitschaft der Menschen. Der Bundestag solle Respekt vor dem unermüdlichen Einsatz der Helfer haben. „Das Zusammenhalten in der Not zeigt, wie viel Gemeinsinn in unserer Gesellschaft steckt. Daran soll sich die Politik ein Beispiel nehmen“, befand Oppermann. Er sagte zu, dass die SPD-Fraktion bei der Bereitstellung von finanziellen Hilfen konstruktiv mit der Koalition zusammenarbeiten werde. „Es ist gut, dass erste Gelder zugesagt wurden. Doch das reicht nicht aus. Ein Hilfsfonds wie 2002 ist erforderlich,“ stellte Oppermann fest. Nötig seien mehrere Milliarden Euro und die unbürokratische schnelle Auszahlung der Hilfen wie 2002 – auch an die Kommunen.

Oppermann betonte, dass es den Kommunen unter der schwarz-gelben Bundesregierung in den letzten vier Jahren schlecht ergangen sei. Union und FDP hätten zu Lasten der Kommunen ihre Klientelpolitik betrieben. Für die Städte und Gemeinden bedeute das Steuerausfälle und Schulden. Allein 1,6 Milliarden Euro kommunaler Mindereinnahmen sind das Ergebnis ihrer Hoteliersteuer. Dazu kommen 650 Millionen Euro, die durch die geänderte Unternehmensbesteuerung fehlen. Mittlerweile mussten Städte und Gemeinden 48 Milliarden Euro Kassenkredite aufnehmen, was sie kaum verkraften können. Auch im schwarz-gelben Hessen werde Politik zu Lasten der Kommunen gemacht. Dort hatte die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich um 340 Millionen Euro gekürzt und das Geld den Kommunen vorenthalten, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Der dortige Staatsgerichtshof hat das für verfassungswidrig erklärt.

Die SPD-Fraktion will dafür sorgen, dass Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig werden, u. a. durch einen Investitions- und Entschuldungspakt. Dazu gehört vor allem die Unterstützung der Kommunen bei den Sozialausgaben. Scheelen erinnerte daran, dass durch die Initiative der SPD im Vermittlungsausschuss bei den Hartz-IV-Verhandlungen die

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

Lasten durch die „Grundsicherung im Alter“ schrittweise von den Kommunen auf den Bund übergehen. Weitere Entlastungen, etwa die Übernahme von Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte durch den Bund, sind aus SPD-Sicht notwendig. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen darüber hinaus für einen Investitionspakt von Bund und Ländern, von dem vor allem finanzschwache Städte und Gemeinden profitieren sollen. Die Kommunen will die SPD zudem durch verbesserte kommunale Einnahmen entschulden. Auch für sie lohnen sich der von der SPD geforderte erhöhte Spitzensteuersatz und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Um den Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden zu stärken und die Abwärtsentwicklung von Stadtvierteln zu verhindern, will die SPD-Fraktion die von Schwarz-Gelb zusammengestrichene Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro erhöhen. Die „Soziale Stadt“ soll mit 150 Millionen Euro Leitprogramm ausgestattet werden.

Kommunalkongress: SPD an der Seite der Kommunen

Auf dem alljährlichen Kommunalkongress des Städte- und Gemeindebundes haben sich Vertreter der fünf im Bundestag vertretenen Parteien zu einer Diskussion über zukünftige Herausforderungen und Politikschwerpunkte getroffen.

Angesichts der dramatischen Lage in den überfluteten Städten und Gemeinden in Bayern und weiten Teilen Ostdeutschlands drehte sich das Gespräch zunächst um die notwendigen Hilfsmassnahmen für die Betroffenen. Unser SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier forderte die Bereitstellung von Geld aus dem Bundeshaushalt zur Hilfe für die Opfer. Entscheidend sei, dass diese Gelder fair und vor allem schnell verteilt würden. Er erinnerte daran, dass die SPD-geführte Bundesregierung 2002 bei der damaligen Jahrhundertflut mit der Einrichtung von Kuratorien gute Erfahrung gemacht habe. Dadurch sei die Hilfe zügig und unbürokratisch bei den Betroffenen angekommen. Darüber hinaus stehe die SPD auch in Zukunft an der Seite der Kommunen, stellte Steinmeier klar. Im Regierungsprogramm seien kommunalpolitische Forderungen prominent vertreten.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

Zu den Forderungen und Maßnahmen gehört:

- Die SPD stärkt die Finanzkraft der Kommunen und entlastet sie von Sozialausgaben.
- Schließen eines Investitions- und Entschuldungspakt, der vor allem strukturschwachen Kommunen zugute kommt.
- Das Kooperationsverbot abschaffen und für einen solidarischen Föderalismus einsetzen, der die Ressourcen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben bündelt.
- Das Betreuungsgeld abschaffen, die Mittel in den Kitausbau investieren und ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagschulen schaffen.
- Die Städtebauförderung wieder ausbauen und die Mieterinnen und Mieter mit einem Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen stärken.
- Den ländlichen Räumen durch gezielte Investitionen in die Gesundheits- und Breitbandversorgung neue Chancen eröffnen.
- Den Zugang zu öffentlichen Gütern sichern, indem die Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge erhalten bleiben und sie gegen Privatisierungszwänge verteidigt werden.
- Die Energiewende als dezentrales Projekt umsetzen, bei dem Kommunen und Stadtwerke als Planungsträger, Erzeuger und Versorger eine maßgebliche Rolle spielen.
- Für die Integration von Langzeitarbeitslosen wieder ausreichend Mittel zur Verfügung stellen und öffentlich geförderte Beschäftigung für Menschen mit Vermittlungshemmnissen schaffen.
- Als Zuwanderungsland die Kommunen bei Integrationsmaßnahmen unterstützen und mit einem Sofortprogramm jenen Städten helfen, die von Armutszuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffen sind.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

MIETEN & WOHNEN

Soziale Wohnungspolitik bleibt Kernthema

In der Bundestagsdebatte zur Wohnungspolitik hat die SPD-Fraktion am 6. Juni 2013 verdeutlicht, dass bezahlbares Wohnen und ein gutes Zusammenleben in der Stadt ein Kernthema der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist. Da nützt es auch nichts, wenn die Kanzlerin nach der Verabschiedung einer mieterfeindlichen Mietrechtsänderung plötzlich Forderungen der SPD übernimmt.

Wir von der SPD-Fraktion wollen den Neubau von Wohnungen ankurbeln und die energetische und barrierefreie Sanierung voranbringen. Dabei komme es auch darauf an, dass die Wohnungen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar blieben. Es dürfe nicht sein, dass viele Menschen 35 bis 40 Prozent ihres Einkommens für die Mieten ausgeben müssten. Entscheidend sei auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden. Damit Menschen unterschiedlichster Herkunft gut in Städten und Gemeinden zusammenleben und keine Verdrängung stattfindet, sei das Programm „Soziale Stadt“ so wichtig. Dazu gehöre auch, dass Kommunen und auch der Bund über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Bauland nicht nach Höchstpreisen verkaufen, sondern sich nach Konzepten für bezahlbaren Wohnungsneubau ausrichten. Und es kommt auf die Förderung des sozialen Wohnungsbaus an. Genossenschaften, private und städtische Wohnungsgesellschaften sollen gemeinsam Sorge für sozialverträgliche Mieten tragen.

Unsere SPD-Fraktion will, dass Mieterhöhungen nur alle vier Jahre um maximal 15 Prozent möglich sind. Bei Wiedervermietungen sollen die Mieten nicht mehr um 30 oder 40 Prozent steigen dürfen, sondern maximal um zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Ausgenommen von dieser Mietpreisbremse sind die Mieten für Neubauten. Außerdem sollen künftig die Kosten für einen vom Vermieter bestellten Makler auch von ihm bezahlt und nicht mehr auf die Mieter abgewälzt werden. Bei der notwendigen energetischen Gebäudesanierung wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine faire Kostenteilung zwischen Vermieter und Mieter und staatliche Unterstützung. Die Städtebauförderung soll mit 700 Millionen Euro ausgestattet werden und das Programm

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

„Soziale Stadt“ mit 150 Millionen Euro zum Leitprogramm werden. Die mieterfeindlichen Mietrechtsänderungen von Schwarz-Gelb wollen wir von der SPD-Fraktion wieder abschaffen.

GESUNDHEIT

Wenn Arzneimittel knapp werden

Seit gut einem Jahr gibt es immer wieder Berichte, dass auf Grund von Lieferengpässen lebensnotwendige Arzneimittel in Krankenhausapotheken knapp werden oder fehlen. Besonders betroffen sind Antibiotika und Zytoostatika, die für die Behandlungen von Krebs oder Autoimmunerkrankungen eingesetzt werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung will das Problem offenbar nicht sehen und unternimmt nichts dagegen. Wir von der SPD haben als erste Fraktion dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drucksachen 17/12847). Die SPD-Fraktion schlägt ein zentrales Melderegister beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) bzw. beim Paul-Ehrlich-Institut (PEI) vor. Arzneimittelhersteller sollen verpflichtet werden, erkennbare und zu erwartende Lieferengpässe schnellstmöglich dorthin zu melden. Damit sollen Transparenz und ein Überblick über den Umfang von Lieferengpässen geschaffen werden. So können der Großhandel, Krankenhäuser, Apotheken und die Ärzteschaft im Interesse von Patientinnen und Patienten besser informiert werden.

Darüber hinaus sollen die Länderbehörden mit erweiterten Durchgriffsrechten gegenüber den Pharmaunternehmen und Großhändlern ausgestattet werden, um so die Arzneimittelversorgung sicherzustellen. Dazu zählt z.B. die Anweisung, die Produktionskapazitäten auszuweiten oder bestimmte Großhändler und Krankenhäuser vorrangig zu beliefern. Außerdem soll angeordnet werden können, dass die Pharmahersteller Nachweise über die Herstellung, den Bezug und die Abgabe des Arzneimittels vorzulegen. Des Weiteren sollen der Bereitstellungsauftrag für Arzneimittelhersteller erweitert und präzisiert werden. So sollen die Produzenten wichtige Arzneimittel für mindestens sechs Monate vorrätig halten. Gegen Unternehmen, die aus

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe X/2013 – 10.06.2013)

Profitabsichten wichtige Medikamente vom Markt nehmen und damit schwerkranken Patientinnen und Patienten schaden, wollen die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen vorgehen. Dazu sollen die Bundesbehörden diesen Unternehmen den Patentschutz für den Wirkstoff und den Anwendungsbereich gegen eine angemessene Entschädigung entziehen und die Rechte für die Nutzung durch andere Hersteller freigeben.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de